

05.02.2026 – 05:00 Uhr

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2026 / Die Krankenkassenprämien explodieren, aber die öffentliche Prävention wird gekappt - Jetzt braucht es einen Kurswechsel!

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2026

Kurswechsel: Jetzt in die Prävention investieren



Lausanne (ots) -

Die Krankenkassenprämien werden jedes Jahr teurer, und die Politik sucht händeringend nach Lösungen zur Kostendämpfung. Der Suchtbereich zeigt ein augenfälliges Paradox: Er verursacht nicht nur grosses menschliches Leid, sondern auch jährlich schätzungsweise 8 Milliarden Franken Kosten, wovon ein erheblicher Teil von den Prämienzahlenden getragen wird. Die Prävention kann diese Kosten senken, doch sie wird nach wie vor vernachlässigt. Jetzt braucht es einen Kurswechsel: In die Prävention investieren, statt die Schäden erleiden.

Eine [Studie](#) aus dem Jahr 2021 schätzte die volkswirtschaftlichen Kosten für Sucht in der Schweiz auf rund 8 Milliarden Franken pro Jahr. Darunter sind Verluste für die Unternehmen von 3,4 Milliarden und Kosten für das Gesundheitswesen (vor allem Krankheitskosten) von 3,8 Milliarden Franken eingerechnet. Dies alles bekommen nicht nur die Kantone (Spitäler etc., also die Steuerzahlenden), sondern auch die Prämienzahlenden zu spüren, die rund 60 % dieser Gesundheitskosten berappen müssen. Dies macht bis zu 1000 Franken pro vierköpfige Familie im Jahr.

Doch es sind nicht nur die Kosten, sondern auch das grosse Leid zu erwähnen: In der Schweiz sterben jährlich über 10'000 Menschen auf Grund von Suchtmitteln, und Hunderttausende sind von Substanzen abhängig.

Jeder in die Prävention investierte Franken hilft, Kosten zu senken

Trotzdem sind Suchtprobleme in den letzten Jahren politisch in den Hintergrund gedrängt worden:

- Mit Kürzungen beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), die bereits vor der Finanz-krise des Bundes beschlossen (und inzwischen zum Teil rückgängig gemacht) worden sind, fällt rund 10 % seines Budgets für Suchtprävention und Suchthilfe weg.
- Dabei fallen auch die starken Kürzungen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung und der Datenerfassung der Suchtbehandlungen auf. Droht ein Blind-flug durch die aktuelle und zukünftige Drogenkrisen?
- Auf Grund der Sparmassnahmen ist geplant, die bisher bestehende Suchtstrategie in der Strategie für Nichtübertragbare Krankheiten aufzulösen, was den Stellenwert der Suchtprävention noch mehr schwächen kann.

Da die Budgets für Suchtprävention auch in den Kantonen unter Druck sind, wird diese Desinvestition die Folgekosten in die Höhe treiben – und damit die Gesundheitskosten für uns alle. Ein Zeichen für das geringe Interesse der Schweiz an der wirtschaftlichen Dimension der Prävention ist die Tatsache, dass die letzte verfügbare [Studie zu diesem Thema](#) aus dem Jahr 2009 stammt. Diese schätzte, dass jeder in die Prävention investierte Franken 23 Franken an indirekten Kosten im Bereich Alkohol und sogar 41 Franken im Bereich Tabak einsparen konnte.

Kurzfristiges Denken und Vorurteile

In Zeiten der knappen Bundesbudgets wird im Parlament noch kurzfristiger gedacht als sonst und deshalb gekürzt, wo sich nicht gerade eine mächtige Lobby entgegenstellt. Anbieter von medizinischen Leistungen und von psychoaktiven Substanzen sind in Bundesbern besser vertreten als die Prämienzahlenden und Menschen mit Suchterkrankungen.

Als Rechtfertigung dient die Idee, dass suchtkranke Menschen selbst schuld seien. Doch Sucht ist nicht eine Charakterschwäche, sondern hat mit individuellen biologischen und psychosozialen Faktoren zu tun und hängt mit der Gefährlichkeit einer Substanz und den gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammen. Die Prävention kann individuelle Risikofaktoren abbauen und Schutzfaktoren fördern, wo-von besonders vulnerable Gruppen profitieren, und damit eine Suchtentwicklung verhindern. Und Suchtkranke haben Anrecht auf eine angemessene Begleitung.

Kurswechsel: In Prävention statt erst in Schadenbehebung investieren

Gerade jetzt mit den neuen Herausforderungen im Suchtbereich braucht es eine vorausschauende Suchtstrategie und die entsprechenden finanziellen Mittel dafür. Kürzen in diesem Feld bedeutet, die Kontrolle zu verlieren und die Folgen auf die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft abzuwälzen. Und genau jetzt, wo die Gesundheitskosten vor allem wegen den nichtübertragbaren Krankheiten weiter explodieren, führt kein Weg mehr um eine massive Stärkung der Prävention von Krankheiten herum, anstatt nur bei den Heilungskosten anzusetzen. Der [Public Health Index](#) zeigt, dass die Schweiz diesbezüglich das Schlusslicht Europas darstellt. Offenbar wird dabei auch eine Diskrepanz zwischen den Entscheidungsträgern (wo das neuste [Massnahmenpaket](#) die Prävention noch immer nicht erwähnt) und den Wünschen der Bevölkerung, die sich in der Forderung des [Bevölkerungs-rates 2025](#) nach mehr Prävention niederschlagen.

Neueste Vorstösse in diese Richtung sind im Parlament bereits durch NR Christian Lohr ([Für eine ambitionierte und nachhaltige finanzierte Präventionspolitik](#)) und Bettina Balmer (["Nationale Präventionsstrategie 2040"](#)) eingereicht worden. Warum sollten wir uns dieser wirksamen Kostendämpfung berauben?

Eine wirksame Prävention braucht auch genügend finanzielle Mittel, damit sie effektiv wird, auch im Suchtbereich. Das Argument, wir könnten uns diese in einer Zeit der knappen Bundesmittel nicht leisten, ist falsch, denn Kürzungen bei der Prävention ziehen umso höhere Folgekosten nach sich. Wenn wir sparen wollen, dann müssen wir genau in die Prävention investieren!

Im PDF-Anhang finden Sie das gesamte Schweizer Suchtpanorama 2026 mit dieser Medienmitteilung und den sieben thematischen Modulen!

Das Wichtigste in Kürze der sieben Module:

Alkohol

Der Rückgang bei den Alkoholverkäufen und beim täglichen Konsum sind positive Trends aus Sicht der öffentlichen Gesundheit. Doch nach wie vor trinken 16 % der Bevölkerung mit mittlerem oder hohem Gesundheitsrisiko Alkohol.

Noch immer wird bei einem Viertel aller Alkoholtestkäufe in Läden oder Restaurants Jugendlichen widerrechtlich Alkohol verkauft. Und jedes Jahr kommen über 1700 Kinder mit alkoholbedingten Beeinträchtigungen zur Welt. Jetzt braucht es endlich Schritte der Politik sowie den neusten Forschungsergebnissen angepasste Empfehlungen für einen risikoarmen Konsum.

Tabak- und Nikotinprodukte

Die Verkäufe von herkömmlichen industriellen Zigaretten in der Schweiz gehen seit Jahren zurück, doch der Nikotinkonsum bleibt mit einem Anteil von 27 % der Bevölkerung hoch. Der Boom und die Diversifizierung von neueren Nikotinprodukten geht weiter und zielt hauptsächlich auf Jugendliche.

Ob aus diesen Entwicklungen ein Gewinn für die öffentliche Gesundheit resultiert, ist noch unklar, auch weil ein

erheblicher Teil der Konsumierenden von neuen Produkten auch Zigaretten konsumieren.

Ein stärkerer Schutz der Jugendlichen vor dem Einstieg ist notwendig, vor allem mit der Durchsetzung der Altersgrenze, einem Verbot von Lockmitteln und Suchtverstärkern und einer angepassten Steuergestaltung.

Cannabis

Cannabis ist in der Schweiz verboten, wird aber von über 200 000 Personen konsumiert. Jedes Jahr entgehen mindestens 50 Tonnen Cannabis jeglicher Reglementierung und Besteuerung. In solchen Zusammenhängen sind die Legalisierungen in Nordamerika, aber auch in europäischen Ländern zu sehen.

Die Schweiz geht einen eigenständigen Weg. Sie hat wissenschaftliche Pilotversuche bewilligt, um die Machbarkeit und die Folgen einer rechtlichen Neueinstufung von Cannabis zu testen. Zudem ist ein Gesetzesentwurf über Cannabis in Diskussion, der die nationalen und internationalen Erkenntnisse integriert und die öffentliche Gesundheit zum Hauptziel erklärt. Hat dieser Weg im politischen Prozess Bestand?

Kokain, Heroin, Ecstasy & Co

Seit vier Jahren wird in vielen Schweizer Städten von einer "Crack-Krise" gesprochen, mit einem sehr grossen Kokain-Angebot, verbreitetem Crack-Konsum sowie der verschlechterten sozialen und gesundheitlichen Situation der Konsumierenden. Viele Städte und Kantone suchen lokale Antworten und könnten dabei von zusätzlicher Unterstützung durch den Bund profitieren.

Sorgen bereitet auch die mögliche Verbreitung von synthetischen Opioiden wie in Nordamerika, wo sie unzählige Todesfälle verursacht hat. Bislang scheinen diese Substanzen in der Schweiz keine Verbreitung zu finden. Auch ein Heroinmangel wurde bislang nicht festgestellt, wie er nach dem Anbauverbot der afghanischen Taliban erwartet wurde. Doch bleibt Wachsamkeit nötig.

Psychoaktive Medikamente

Der Medikamenten-Mischkonsum unter Jugendlichen kann kurzfristigen Trends unterliegen. Der Codein-Konsum bleibt aber ein Problem.

Bei potenziell abhängig machenden Schmerzmitteln auf Opioidbasis sowie bei Schlaf- und Beruhigungsmitteln wie Benzodiazepinen scheinen Sensibilisierungsanstrengungen erste Früchte zu tragen. Das Parlament will aber keine weiteren Massnahmen, auch nicht, nachdem verschiedene Medien die Frage nach überhöhter Verschreibung in Pflegeheimen aufgeworfen haben.

Es braucht jetzt ein besseres Monitoring statt dem geplanten Abbau. Zudem müssen Sensibilisierung und Schulung der Fachleute sowie die Kontrolle verstärkt werden.

Glücks- und Geldspiel

Rund 7 % der jungen Erwachsenen spielen problematisch um Geld, über 18 000 Spiel-sperren wurden in einem Jahr neu ausgesprochen und mehr als zwei Milliarden Franken haben Spielende verloren. Die Zahlen deuten auf eine Zunahme der Probleme mit Glücks- und Geldspielen in der Schweiz hin. Doch die Hilfe erfolgt oft erst, wenn das Spiel um Geld und die Schulden grossen Schaden angerichtet haben. Betroffene riskieren, durch alle Maschen zu fallen.

Vorstösse im Parlament prallen an den Interessen der Geldspielanbieter ab. Die Lücken beim Spielendenschutz wird die Evaluation des Geldspielgesetzes ans Licht bringen müssen.

Online-Aktivitäten

Digitale Angebote bringen viele Vorteile, können aber Probleme bereiten, wenn jemand die Kontrolle über die online verbrachte Zeit verliert und deswegen andere wichtige Dinge im Leben vernachlässigt. 7 % der 15-Jährigen, die soziale Medien nutzen, bekommen damit Probleme. Viele Angebote sind so programmiert, dass die Nutzenden lange online bleiben und dabei Geld ausgeben.

Die Politik debattiert über den Zugang zu Social Media für Jugendliche und die Handy-Nutzung an Schulen, zieht aber derzeit keine wirksamen Regulierungsmassnahmen gegen manipulative Mechanismen in Betracht. Solche Massnahmen sind aber unverzichtbar und dringend erforderlich.

Pressekontakt:

Monique Portner-Helfer, Mediensprecherin

mpartner-helfer@suchtschweiz.ch
021 321 29 74

Markus Meury, Mediensprecher
mmeury@suchtschweiz.ch
021 321 29 63

Medieninhalte

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2026

Kurswechsel: Jetzt in die
Prävention investieren



Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000980/100938266> abgerufen werden.